



Markus Grübel MdB
Parlamentarischer Staatssekretär a.D.
Abgeordneter des Wahlkreises Esslingen

Bahnhofstr. 27, 73728 Esslingen

☎ +49 (0) 711 365 80 66

✉ markus.gruebel.wk@bundestag.de

Markus Grübel MdB: Lokale Umsetzung der Cannabis-Legalisierung schafft großen Aufwand

Esslingen, 26. März 2024

Der Esslinger Bundestagsabgeordnete Markus Grübel MdB kritisiert das durch die Ampel-Koalition beschlossene Cannabisgesetz und die damit einhergehenden zusätzlichen Belastungen und Kosten für Jugendämter, Gesundheitsämter, Rechts- und Ordnungsämter, Polizei, Justiz und erklärt dazu:

„Nachdem der Bundesrat in seiner Sitzung am 22. März 2024 dem Inkrafttreten des neuen Gesetzes zum 1. April 2024 trotz großer Widerstände von verschiedensten Seiten und heftiger Kritik von vielen Fachleuten (Mediziner, Polizeigewerkschaften, Richterverbände, ehemaligen Abhängigen u.a.) zugestimmt hat, müssen nun sehr zeitnah aufwendige Kontrollen durch die Kommunen dafür sorgen, dass insbesondere die Vorgaben des Jugendschutzes eingehalten werden. Von regelmäßigen Gesprächen mit Mitarbeitern der Ordnungsämter und Polizeidienststellen der Städte und Gemeinden im Landkreis weiß ich, dass diese ohnehin seit Jahren stark belastet werden. Ich befürchte, dass die komplexen Regeln des Cannabisgesetzes womöglich nicht ausreichend und schon gar nicht flächendeckend kontrolliert werden können“.

So soll beispielsweise im 100-Meter-Kreis um Schulen, Kitas, Spielplätze und öffentlich zugängliche Sportstätten kein Cannabis konsumiert werden dürfen, bei Glücksspielstätten sind es aber 1000 Meter.

PRESSMITTEILUNG



Markus Grübel MdB
Parlamentarischer Staatssekretär a.D.
Abgeordneter des Wahlkreises Esslingen

Bahnhofstr. 27, 73728 Esslingen

☎ +49 (0) 711 365 80 66

✉ markus.gruebel.wk@bundestag.de

Warum der Unterschied? In Fußgängerzonen darf bis 20 Uhr nicht gekifft werden. Aufklärung, Prävention sowie Behandlungsangebote für Cannabis-Konsumenten sollen ausgebaut werden. In der Praxis schafft das eine unübersichtliche Vielzahl an Verbotszonen, die - um den Jugendschutz sicherzustellen - kontrolliert werden müssen. Diese einrichtungsbezogenen Cannabisverbotszonen kann man unter www.bubatzkarte.de einsehen und abschätzen, dass daraus eine enorme Bürokratie und ein hoher zusätzlicher Kontrollaufwand für die Polizei und das Ordnungsamt erwächst. Ein großes Problem wird auch das Fahren nach Kiffen“, mahnt Grübel.

„Ich finde dieses Gesetz nach wie vor unsäglich und die Legalisierung absolut falsch. Aber da die Ampel-Regierung es nun einmal durchgedrückt hat, brauchen wir jetzt praktikablere Regeln, die trotzdem den Jugendschutz garantieren. Auch die detaillierten Regelungen zum Cannabisanbau sind kaum überprüfbar. Zusammenfassend handelt es sich bei dem Cannabisgesetz erneut um eine ‘Bürokratie-Hydra‘ der Ampel-Regierung, das in der Praxis zu vielen Umsetzungsproblemen und hohem Aufwand führen wird. Mit dem Gesetz werden mehr Probleme geschaffen als gelöst“, ist sich Markus Grübel sicher.

Anlage

Bild: Bubatzkarte/OpenStreetMap/Portrait: Tobias Koch
Bildunterschrift: Die roten Kreise markieren die Cannabisverbotszonen, die man sich auf der Bubatzkarte anzeigen lassen kann.

PRESSMITTEILUNG